

"Wir müssen eine neue Armenjagd verhindern"

Autor(en): **Perrenoud, Philippe / Bachmann, Monika**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **105 (2008)**

Heft 3

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840265>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Wir müssen eine neue Armenjagd verhindern»

Philippe Perrenoud (SP) unterstützt die verschärften Kontrollen in der Sozialhilfe. Der Berner Regierungsrat sieht darin einen politischen Schachzug.

Herr Perrenoud, das Vertrauen in die Sozialhilfe ist angeschlagen. Wo setzen Sie persönlich als Fürsorgedirektor an, um die Glaubwürdigkeit der Sozialhilfe wieder zu stärken?

Ich bin sehr besorgt über diese Entwicklung. Es geht in der Sozialhilfe um Menschen die leiden, und nicht um Menschen, die profitieren. Wenn man nur noch von jenen Fällen spricht, die Missbrauch betreiben, und alle anderen vergisst, stört mich das sehr. Ich frage mich deshalb: Wie können wir die Sozialhilfe wieder attraktiv machen?

Die Sozialhilfe ist doch per se unattraktiv.

Es geht mir darum, das schlechte Image der Sozialhilfe und der Betroffenen zu korrigieren. Als Sozialpsychiater habe ich die Leute kennengelernt, die nicht mehr integriert sind, Sozialhilfe beziehen und dringend Unterstützung benötigen. Das hat mich motiviert, in die Politik einzusteigen. Die Sozialpolitik ist also sozusagen mein Herzstück.

Wie wollen Sie das Image konkret verbessern?

Wir sind im Kanton Bern daran, einen Sozialbericht zu machen, der im November 2008 veröffentlicht wird. Ich möchte mit aktuellen Zahlen und Fakten zeigen, wie die Armut im Kanton aussieht. Wir versuchen, die Sozial- und Steuerdaten zusammenzubringen, um ein Bild über die Einkommenssituation der Leute zu bekommen. Wir zeichnen damit ein Bild zum Zustand der Bewohnerinnen und Bewohner im Kanton. Aus diesen «Hard Facts» werden wir Massnahmen entwickeln. Auch im Bereich der Familienpolitik müssen wir Grundlagen erarbeiten, damit wir die Familien- und die Sozialpolitik aufeinander abstimmen können.

Das sind relativ langwierige Projekte. Was tun Sie kurzfristig?

Das Pilotprojekt mit den Sozialinspektoraten, das in vier Berner Gemeinden läuft (s. Box S.5), zielt ganz klar in diese Richtung. Der Grosse Rat hat den Wunsch geäussert, mit diesem Projekt den Missbrauch zu bekämpfen. Wir orientieren uns mit dem Projekt am Kanton Waadt, der auch ein Sozialinspektorat führt. Ich war beeindruckt, als ich sah, was damit aufgedeckt werden kann. Ich bin überzeugt, dass es Missbrauch in der Sozialhilfe gibt. Mit Sicherheit aber sind 95 Prozent der Betroffenen ehrlich und auf die Unterstützung angewiesen. Es stört mich deshalb, wenn man wegen Einzelfällen die ganze Gruppe von Betroffenen unter Verdacht stellt.

Die Linke hat sich in der Debatte um Sozialhilfe-missbrauch stets gegen den Einsatz von sogenannten Ermittlern gewehrt. Sie vertreten das Pilotprojekt nun als Regierungsrat in der Öffentlichkeit. Können Sie das mit Ihrem sozialdemokratischen Gewissen vereinbaren?

Nicht mehr und nicht weniger als mein Waadtländer Kollege Yves Maillard (lacht). Nein, im Ernst: Ich fühle mich wohl dabei. Wir demonstrieren damit gegen rechts, dass wir die Missbrauchsbekämpfung ernst nehmen. Und gegen links zeigen wir, dass wir alles tun, um das Vertrauen in die Sozialhilfe wieder zu stärken.

Köniz ist unter den vier Pilotgemeinden die einzige, die auch auf verdeckte Ermittlung setzt. Was halten Sie davon?

Voilà ...

Das gefällt Ihnen nicht?

Es erinnert an den Schnüffelstaat, die DDR. Die drei anderen Gemeinden arbeiten ohne diese verdeckten Ermittlungen. Der Sozialdienst der Stadt Bern beschäftigt keine externen Fachleute, sondern hat das Sozialinspektorat in den Sozialdienst integriert.

Wo sehen Sie die Vor- und Nachteile von internen und externen Inspektoraten?

Meine Vorliebe liegt klar beim Modell «interne Kontrolle». Damit werden die Dossiers innerhalb der Verwaltung überprüft, sodass eine gewisse Vertrauensbasis gewährleistet ist. Ich finde es aber gut, dass wir im Rahmen des Pilotprojekts verschiedene Modelle testen und so die Vor- und Nachteile am Ende der Pilotphase eruieren können. Zentral ist für mich, dass die wirklich Bedürftigen nicht von einem Klima des Misstrauens umgeben sind. Als Sozialpsychiater weiss ich, wie schwer es für jene Leute ist, denen man die Krankheit nicht auf den

PHILIPPE PERRENOUD

Philippe Perrenoud ist seit Juni 2006 Vorsteher der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern. Er ist Mitglied der SP und war vor seiner Wahl in den Regierungsrat in verschiedenen Funktionen als Psychiater tätig, zuletzt als Direktor der psychiatrischen Dienste Berner Jura und Biel-Seeland.

ersten Blick ansieht. Das ist auch in der Sozialhilfe so, man sieht den Betroffenen nicht an, woran sie leiden.

Welche Erfahrungen werden zurzeit gemacht?

Ich habe keine brisanten Rückmeldungen! Es wäre gefährlich, vor Abschluss der Pilotphase irgendwelche Schlüsse zu ziehen. Nach sechs Monaten werden wir das Projekt aus und erarbeiten Empfehlungen und Vorgaben für die Sozialdienste im Kanton.

Welche politischen Absichten hegen Sie mit dem Projekt?

Wir haben im Kanton Bern ein ausgezeichnetes Sozialhilfegesetz. Ich hatte aufgrund der Missbrauchsthematik Angst und Sorge, dass dieses Gesetz über Bord geworfen werden könnte. Es gibt entsprechende politische Vorstösse, die verlangen, dass man den Lastenausgleich zwischen Kanton und Gemeinden wieder abschafft. Wir müssen unter allen Umständen verhindern, dass es wieder eine Armenjagd gibt, wie das früher der Fall war. Mein Ziel ist deshalb, öffentlich aufzuzeigen und zu kommunizieren, dass unser Sozialhilfegesetz sehr gut funktioniert. Mit Massnahmen wie dem Pilotprojekt und auch dem bereits erwähnten Sozialbericht können wir dies unterstützen.

Verschiedene Gemeinden und Städte haben in letzter Zeit Stellen für Sozialinspektoren geschaffen. Hat die Kontrolle in der Sozialhilfe in den vergangenen Jahren versagt?

Die massive Fallzunahme lässt sich sicher nicht mit Missbrauch erklären. Das Problem liegt anderswo: In den 90er-Jahren ist die Arbeitslosigkeit gestiegen. Man hat zu spät realisiert, dass viele Leute nach ihrem zeitlich limitierten Anspruch auf Arbeitslosentaggeld den Anschluss verpassen und bei der Sozialhilfe landen. Parallel hat sich die Arbeitswelt im Bereich Information und Technologie revolutioniert. Viele Leute – vor allem die schwächeren Mitglieder der Gesellschaft – waren dieser Entwicklung nicht gewachsen. Daraus haben sich soziale Entgleisungen entwickelt, manche Menschen werden psychisch krank oder bekommen ein Suchtproblem. Am Schluss landen sie bei der IV. Diese Teillösungen bringen uns nicht weiter. Ich bin deshalb davon überzeugt, dass es ein Bundesrahmengesetz für die Sozialhilfe braucht.

Sie attestieren den Fachleuten der Sozialarbeit also gute Noten?

Ja, man muss aber beachten, dass die Sozialarbeitenden zu einer Berufsgruppe gehören, die unter Verdacht gekommen ist. Typisch dafür ist, dass offenbar >



Bilder: Béatrice Devènes

«Es geht mir darum, das schlechte Image der Sozialhilfe zu verbessern.»

Philippe Perrenoud

Der Faktor «Personal» ist entscheidend

Begriffe wie «Detektiv» oder «Inspektor» sind zurzeit in aller Munde. Doch um Missbrauch zu verhindern, gibt es längst zahlreiche Kontrollinstrumente, die von vielen Sozialdiensten erfolgreich angewendet werden. Ein Überblick.

Wer sich in einer materiellen Notlage befindet und Sozialhilfe beantragt, muss die persönlichen finanziellen Verhältnisse offenlegen und wird gründlich durchleuchtet. Die Tradition der Überprüfung persönlicher Verhältnisse ist so alt wie die Armengesetzgebung selbst, denn in der Sozialhilfe gilt seit jeher das Bedürftigkeitsprinzip (s. Artikel S. 11). Seit den 90er-Jahren verzeichnet die Sozialhilfe eine starke Fallzunahme, insbesondere in den Städten. Dazu kommt, dass die soziale Kontrolle in der Gemeinschaft an Bedeutung verloren hat. Gleichzeitig wächst die Komplexität der einzelnen Fälle. Die Sozialdienste reagieren darauf mit einer Systematisierung der Kontrollprozesse. Die SKOS hat in elf zumeist grösseren Diensten eine Umfrage zur Anwendung verschiedener Kontrollmassnahmen durchgeführt (s. Box S. 10*). Ausgehend davon wird hier ein Überblick über die heute

eingesetzten Instrumente zur Vermeidung von unrechtmässigem Bezug gegeben.

DATENBANKEN ABFRAGEN

In professionell geführten Sozialdiensten wird der Anspruch auf Sozialhilfeleistungen über ein systematisches Aufnahmeverfahren geklärt. Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Hilfesuchenden werden anhand von Checklisten überprüft (unter anderem gestützt auf Kontoauszüge und Steuerrechnung). Vor allem in grösseren Diensten erfolgen zudem routinemässige Abfragen der Datenbanken von Einwohnerdiensten, von Motorfahrzeugkontrollen, von Ausgleichskassen der Sozialversicherung (AHV/IV/EO-Beiträge) und von Steuerverwaltungen. Die Antragsstellenden werden mündlich und schriftlich über ihre Rechte und Pflichten sowie

- alle anderen Leute besser wissen, was zu machen ist. Das Image der Sozialarbeitenden ist berüchtigt, man vertraut ihnen nicht, das gleiche gilt für den Sozialpsychiater, der sich mit Randständigen abgibt. Die Leute denken gelegentlich, wer mit Süchtigen arbeitet, konsumiert selbst auch.

Woher kommt dieses Image?

Es handelt sich um eine Entwertung der entsprechenden Berufsleute. In der Sozialhilfe liegt das Problem nicht bei den fehlenden Kontrollen, sondern bei den mangelnden Ressourcen. Wenn die Fallbelastung zu hoch ist und die Komplexität der Fälle zusätzlich steigt, leidet die Qualität der Arbeit. Ich vertrete deshalb im Grosse Rat klar die Meinung, dass die Sozialhilfe auf einem Mehrsäulenprinzip stehen muss. Dazu gehört nebst Repression auch die Prävention.

Sind Sozialinspektorate ein temporäres Instrument, um auf das aktuelle politische Klima zu reagieren, oder werden sie zu einer definitiven Institution der Sozialhilfe?

Ich wünsche mir, dass die Politik weniger mit Angstmacherei betrieben wird, denn damit produziert man bei den Leuten paranoide Wahnbilder und Krankheiten. Das erinnert an die 30er-Jahre. Ich wünsche mir mehr

ethische Richtlinien in der Politik, damit ein gewisser Konsens möglich ist. Eine Politik, die nur auf die Emotionen der Bevölkerung abzielt, schadet der psychischen Gesundheit der Gesellschaft. ■

Das Gespräch führte
Monika Bachmann



«Die Sozialpolitik ist mein Herzstück»: Philippe Perrenoud.